



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

Olaf Scholz spricht von einer „Zeitenwende“ und so ist es auch! Unsere bisherige Sicherheitspolitik, unser Verhältnis zu Russland und unsere Energiepolitik stehen vor Veränderungen. Jeden Tag, wenn ich aufwache, wünsche ich mir, der Krieg in der Ukraine wäre vorbei. Aber im Gegenteil: Er wird jeden Tag schlimmer für die Bevölkerung. Tausende Tote sind zu beklagen und über eine Millionen Frauen und Kinder befinden sich auf der Flucht. Was bedeutet das für Deutschland, welche Handlungsoptionen haben wir zusammen mit unseren NATO-Bündnispartnern? Welche Folgewirkungen hätte ein direktes Eingreifen und könnte dies eventuell sogar vieles verschlimmern? Diese Fragen haben wir in Sondersitzungen und digitalen Diskussionsrunden innerhalb kürzester Zeit erörtert und sind zu dem Entschluss gekommen: Wir bzw. die NATO greifen aktuell nicht militärisch in diesen Krieg ein. Wir unterstützen die Ukrainer mit Hilfslieferungen und auch mit Waffen. Eine schwierige Entscheidung, die uns aus unterschiedlichen Beweggründen nicht leicht fiel. Trotzdem denke ich, dass sie richtig ist.

Krieg in der Ukraine

Seit fünf Wochen tobt der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Experten schätzten die Dauer des Krieges auf ein bis zwei Wochen. Doch die Menschen in der Ukraine verteidigen ihr Land mit allen Mitteln, sodass die russische Armee nicht so schnell vorankommt, wie Putin sich das vorgestellt hat. Die NATO-Bündnispartner, also auch Deutschland, haben auf den Angriff mit Sanktionen in einer noch nie dagewesenen Härte reagiert. Das soll Russland vom Rest der Welt isolieren, von wesentlichen Geldströmen abschneiden und somit wirtschaftlich unter Druck setzen. Zudem leisten wir humanitäre Hilfe, nehmen mit anderen europäischen Ländern Flüchtlinge auf und liefern der Ukraine zur Verteidigung Waffen.

Direkt, also mit Soldaten oder durch den Abschuss von russischen Flugzeugen, greifen wir nicht in diesen Krieg ein. Denn es besteht die Gefahr eines viel größeren umfassenden Krieges zwischen der NATO und Russland, an dem sogar China als bisheriger Partner Russlands beteiligt sein könnte. Das würde noch mehr Leid für die Menschen und Zerstörungen bedeuten.

Zurzeit prüfen wir zusammen mit unseren europäischen Partnern, wie wir unsere Energieversorgung unabhängig von Russland gewährleisten können.

Damit würden wir eine weitere wichtige Geldquelle Russlands kappen. Es hilft uns aber nicht, dies kurzfristig zu realisieren ohne für Ersatzlieferungen zu sorgen. Denn viele Wirtschaftszweige sind von Energielieferungen abhängig und daran hängen viele Arbeitsplätze. Zudem könnten kalte Wohnungen im Winter die solidarische Stimmung in der Bevölkerung kippen. Wenn die Sanktionen Deutschland selbst in die Knie zwingen, wäre keinem geholfen. Deshalb gilt es, Alternativen zu finden. Dazu gehört natürlich weiterhin der Ausbau der regenerativen Energien. Aber der lässt sich nicht so schnell umsetzen, um aktuelle Energielieferungen ausgleichen zu können. Der Grüne Energieminister Robert Habeck bereist zurzeit den arabischen Raum, um neue Energiepartner zu finden. Dabei müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht in neue Abhängigkeiten begeben und vom Regen in die Traufe kommen.

Preisanstiege sozial abfedern

Die Bundesregierung hat nun bereits das zweite Entlastungspaket beschlossen, um die steigenden Kosten bei Mobilität, Heizung und Lebensmitteln abzdämpfen. Hier die wichtigsten Punkte:

- Verdopplung des Heizkostenzuschusses: Wohngeldempfänger*innen sollen nun 270 Euro erhalten; Studierende und Auszubildende erhalten 230 Euro. Der Zuschuss wird antragsfrei und automatisch ausgezahlt.
 - Es gibt einen Sofortzuschuss in Höhe von 200 Euro für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung und Sozialhilfe.
 - Zusätzlich zum Kindergeld soll eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro pro Kind ausgezahlt werden. Außerdem erhalten ab Juli alle Kinder und Jugendliche aus Familien, die Sozialleistungen beziehen, monatlich 20 Euro mehr.
 - Die EEG-Umlage wird zum 1. Juli 2022 abgeschafft und Stromanbieter sollen diese Entlastung an die Verbraucher*innen weitergeben müssen.
 - Es gibt eine Energiepreispauschale von 300 Euro für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige.
 - Die Energiesteuer auf Kraftstoffe wird für drei Monate abgesenkt. Dadurch wird Benzin 30 Cent und Diesel 14 Cent pro Liter günstiger.
 - Durch die Einführung des 90-Tage-Tickets für 9 Euro im Monat machen wir den ÖPNV als umweltfreundliche Verkehrsalternative attraktiver.
-

Debatte um Impfpflicht hat begonnen

Wir haben aktuell eine Impfquote von 75,8 Prozent. Das ist zu wenig, um die Bevölkerung ausreichend zu schützen. Andere europäische Länder sind da schon weiter.

Bei kommenden gefährlichen Virusvarianten könnten somit in Deutschland wieder Einschränkungen nötig werden. Das wollen wir unbedingt verhindern, denn Einschränkungen hätten erneut negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Die Kosten dafür sind auf Dauer zu groß, weshalb wir meiner Meinung nach eine Impfpflicht brauchen.

Es liegen dazu drei Entwürfe auf dem Tisch. Obwohl die Wahl frei gegeben ist, gibt es aktuell keine eindeutige Mehrheit für einen Antrag, so dass nun nach Kompromissen gesucht wird.

Ich unterstütze die allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren und hoffe, dass auch ein Kompromiss wenigstens annähernd in diese Richtung geht. Anfang April soll darüber abschließend beraten werden.

Corona-Maßnahmen weitestgehend abgeschafft

Die beschlossenen Lockerungen haben angesichts der hohen Inzidenzen – auch bei uns in NRW – für Irritationen gesorgt. Doch dem Bund fehlt aktuell die Grundlage, die Beschränkungen aufrecht zu halten. Dank der Impfungen und dem mildereren Verlauf der Omikron-Variante droht keine bundesweite Überlastung der Intensivstationen: Die Infektionszahlen haben sich weitgehend von der Intensivbettenbelegung entkoppelt. Die Verhältnismäßigkeit ist daher für den Bund nicht mehr gegeben und die Länder sind nun in der Pflicht. Sie können auf lokale Ausbrüche mit weitgehenden Maßnahmen reagieren. Deswegen muss jetzt die Landesregierung tätig werden!

Neben den Instrumenten, die den Ländern zur Verfügung stehen, bleiben Basisschutzmaßnahmen bestehen, wie die Maskenpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie der Testpflicht in Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Auch im Luft-, Nah- und Fernverkehr halten wir an der Maskenpflicht fest. Sollten neue Varianten auftauchen, die bundesweit wieder zu einer Belastung werden könnten, muss der Bund das Infektionsschutzgesetz erneut anpassen und entsprechend verschärfen.

Die jetzigen Lockerungen sind keine Entwarnung! Der Virus ist weiterhin präsent und für viele Menschen gefährlich. Daher passt auf euch auf und lasst euch impfen!

Haushaltswoche: Mehr als 200 Milliarden Euro für den Klimaschutz!

In dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt für 2022 beraten. Trotz der Krisen nehmen wir für Zukunftsinvestitionen, die die sozial-ökologische Transformation vorantreiben sollen, sehr viel Geld in die Hand: Über 200 Milliarden Euro in den Jahren 2023 bis 2026. In diesem Jahr werden wir hierfür 51 Milliarden Euro investieren, das sind zehn Milliarden Euro mehr als im Vorkrisenjahr 2019. Ganz großen Stellenwert hat hierbei der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien!

Für den sozialen Wohnungsbau werden wir noch deutlich mehr Mittel als ursprünglich von der Vorgängerregierung geplant bereitstellen: In den kommenden Jahren sind 14,5 Milliarden Euro und damit 8,5 Milliarden Euro mehr vorgesehen. Um energetisch hochwertigen Neubau und Sanierungen voranzutreiben stehen zwei Milliarden Euro des Bundes zur Verfügung.

Sondervermögen für die Bundeswehr

Bei der Finanzierung der Bundeswehr wurde lange auf Substanz gefahren. Das heißt, es haperte zum Teil an der Ausstattung und Unterbringung der Soldaten und auch die Gerätschaften waren nur eingeschränkt einsatzbereit. Deshalb wurde der Verteidigungshaushalt seit 2018 erhöht, um Stück für Stück für Verbesserung zu sorgen. Im Jahr 2020 betrug er 52,8 Milliarden, das sind 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Deutschlands. Das spielt deshalb eine Rolle, weil wir uns als NATO-Partner verpflichtet haben, 2 Prozent in die Verteidigung zu investieren. Da wir das bisher nicht getan haben, standen wir

in der Kritik. Sofern kein NATO-Land angegriffen wird, spielt die begrenzte Einsetzbarkeit nicht so eine große Rolle. Aber die Zeiten haben sich geändert! Putin steht vor der Tür der baltischen Staaten und sollte er seinen Krieg ausweiten, würde der Bündnisfall eintreten und wir wären verpflichtet einzugreifen. Deshalb hat Olaf Scholz vorgeschlagen, ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro einzurichten, mit dem notwendige Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Bei diesem Betrag stockt einem erst einmal der Atem. Kommen wir damit wieder in eine Aufrüstungsspirale, die wir mühsam mit Hilfe von Verträgen eingedämmt haben? Das müssen wir verhindern, aber gleichzeitig haben wir uns auch verpflichtet, die Sicherheit der NATO-Staaten zu gewährleisten. Das zusätzliche Geld soll nun über Jahre die Bundeswehr wieder in die Lage versetzen, handlungsfähig zu sein und gleichzeitig das 2%-Ziel gewährleisten.

Der Krieg in der Ukraine hat meine geplanten Besuche im Wahlkreis gehörig durcheinander gebracht. Deshalb bedanke ich mich bei all denen, die Verständnis für Terminabsagen hatten. Wir holen das nach! Auch meine Berliner Woche lief nicht wie geplant, da mich Corona erwischt hat und ich mit Müdigkeit und Erkältungssymptomen zu kämpfen hatte. Aber doppelt geimpft und geboostert konnte mir der Virus nicht viel anhaben und so konnte ich zumindest digital in Berlin meine Aufgaben erledigen. Ich hoffe, euch geht es gut und ihr könnt bei dem schönen Wetter eure Energiereserven wieder auftanken.

Bis bald!

Eure

Sabine